

Der Ruf nach Umverteilung blockiert notwendige Reformen

Ökonomen fordern gründlichen Umbau des Sozialstaats/ Symposium der Herbert-Giersch-Stiftung

BERLIN. „Von Aufbruchstimmung fehlt jede Spur“: Herbert Giersch, Gründungsmitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und früherer Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, blickt mit Sorge auf Deutschland. Die Menschen sind verunsichert, beunruhigt von Krieg und Terror, Konjunkturschwäche und leeren Staatskassen, von Refombedarf und Reformstau: Das war die einhellige Diagnose auf einem wirtschaftspolitischen Symposium der Herbert-Giersch-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft in Berlin. Hundertprozentige Sicherheit indes gewähre weder die Natur noch die menschliche Arbeitsteilung, gab der Stiftungsgründer zu bedenken. Und Freiheit bedeute immer, daß die Menschen die Last persönlicher Entscheidungen angesichts von Unsicherheit zu tragen hätten. Im übrigen stelle Sicherheit – außer der Landesverteidigung – ein privates, knappes Gut dar und lasse sich auf Märkten handeln. Der Staat sei nicht zwangsläufig gefragt. Die staatliche Zwangsversicherung verletze vielmehr den Grundsatz der freien individuellen Entscheidung. „Der Sozialstaat muß gründlich überholt werden“, forderte Giersch. Peter Bernholz von der Universität Basel setzte auf Unterstützung durch die Globalisierung. Der Systemwettbewerb werde die Krise des Sozialstaats verschärfen, „in die uns übertriebene Sozialsysteme hineinführen“. Damit steige die Chance zur Umkehr. Winfried Schmähl von der Universität Bremen indes warnte davor, der Erosion des Sozialstaats freien Lauf zu lassen: Es gebe „keine Freiheit ohne soziale Sicherheit“. Immerhin gelte es sauber zu unterscheiden, wo die Privatwirtschaft dem Staat als Anbieter von Sicherheit überlegen sei, sagte Axel Börsch-Supan von der Universität Mannheim, Mitglied der Rürup-Kommission. Das Hauptargument, den Staat einzuschalten, fuße darauf, dass mit der Versicherungsleistung zugleich eine politisch erwünschte Umverteilung ins Werk gesetzt werden solle. Diese gehöre jedoch nicht in die – privat organisierbare – Versicherung, sondern in das Steuersystem. Der permanente Konflikt um die Unterbringung umverteilender Elemente in den Sozialsystemen komme die Deutschen teuer zu stehen. Für viele Reformen sei wegen dieser Blockade der „Zug abgefahren“. So wäre der ideale Zeitpunkt für die unausweichliche Umstellung der Altersvorsorge auf ein halb umlagefinanziertes und halb kapitalgedecktes System in den achtziger Jahren gewesen, sagte Börsch-Supan. Länder wie die Schweiz und die Niederlande hätten diese Chance damals ergriffen. Heute indes sei die Sparfähigkeit der Gesellschaft nicht mehr ausreichend; jetzt könne man nur noch versuchen, Reparaturen am System anzubringen. „Riester ist 15 Jahre zu spät gekommen“; die Reformansätze seien außerdem „viel zu verzagt“. Der Kriterienkatalog für die Förderung der kapitalgedeckten Zusatzvorsorge sei „ein Desaster“; die abgestufte Unterstützung begünstige ein Hinausschieben. Dennoch verwarf Börsch-Supan nachdrücklich gegen einen gesetzlichen Zwang zur Zusatzversicherung. „Da gibt es subtilere Wege“, etwa die Kopplung neuer Arbeitsverträge an eine Betriebsrente mit Ausstiegsrecht. Dem Staat aus den Händen genommen gehört nach seiner Auffassung aber zumindest die Krankenversicherung. Auch die aktuelle Diskussion über die notwendigen Reformen im Gesundheitswesen sei vollständig vom Streit über den Ansatzpunkt der Umverteilung verzerrt. Allen Beteiligten sei im Grunde klar, dass ein gleichberechtigtes Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung auf der Grundlage von Kopfpauschalen notwendig sei.

...

Den vollständigen Artikel finden Sie in der FAZ vom 30.05.03 unter www.faz.net